Verwaltungswissenschaften in juristischer Perspektive

6

Vivien Carlotta Voss

Verwaltungsnetzwerke als Organisationsform föderaler Kooperation

Eine Untersuchung anhand der gemeinsamen Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes durch Bund, Länder und Kommunen



Nomos

Verwaltungswissenschaften in juristischer Perspektive
vervarearigs wisseriseriareer in juristiserier i erspektive
herausgegeben von
herausgegeben von
herausgegeben von Prof. Dr. Veith Mehde,
herausgegeben von Prof. Dr. Veith Mehde, Prof. Dr. Utz Schliesky und
herausgegeben von Prof. Dr. Veith Mehde,
herausgegeben von Prof. Dr. Veith Mehde, Prof. Dr. Utz Schliesky und Prof. Dr. Jan Ziekow
herausgegeben von Prof. Dr. Veith Mehde, Prof. Dr. Utz Schliesky und
herausgegeben von Prof. Dr. Veith Mehde, Prof. Dr. Utz Schliesky und Prof. Dr. Jan Ziekow
herausgegeben von Prof. Dr. Veith Mehde, Prof. Dr. Utz Schliesky und Prof. Dr. Jan Ziekow
herausgegeben von Prof. Dr. Veith Mehde, Prof. Dr. Utz Schliesky und Prof. Dr. Jan Ziekow
herausgegeben von Prof. Dr. Veith Mehde, Prof. Dr. Utz Schliesky und Prof. Dr. Jan Ziekow
herausgegeben von Prof. Dr. Veith Mehde, Prof. Dr. Utz Schliesky und Prof. Dr. Jan Ziekow
herausgegeben von Prof. Dr. Veith Mehde, Prof. Dr. Utz Schliesky und Prof. Dr. Jan Ziekow
herausgegeben von Prof. Dr. Veith Mehde, Prof. Dr. Utz Schliesky und Prof. Dr. Jan Ziekow

Vivien Carlotta Voss Verwaltungsnetzwerke als Organisationsform föderaler Kooperation Eine Untersuchung anhand der gemeinsamen Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes durch Bund, Länder und Kommunen **Nomos**

Die Open-Access-Veröffentlichung dieses Titels wurde durch die Dachinitiative "Hochschule.digital Niedersachsen" des Landes Niedersachsen ermöglicht.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Zugl.: Kiel, Univ., Diss, 2023

1. Auflage 2023

© Vivien Carlotta Voss

Publiziert von Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden www.nomos.de

Gesamtherstellung: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-0591-8 ISBN (ePDF): 978-3-7489-4103-3

DOI: https://doi.org/10.5771/9783748941033



Onlineversion Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2022/2023 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur wurden bis zur Einreichung im September 2021 berücksichtigt.

Mein herzlicher Dank gilt zuallererst meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Utz Schliesky für die Gewährung wissenschaftlichen Freiraums bei gleichzeitiger Unterstützung, wann immer ich sie brauchte. Die Tätigkeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften bot mir zur Anfertigung nicht nur die Gelegenheit; sie lieferte auch wichtige Impulse zum Gelingen. Dank gebührt neben meinem Doktorvater den Mitherausgebern Prof. Dr. Veith Mehde und Prof. Dr. Jan Ziekow für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe "Verwaltungswissenschaften in juristischer Perspektive".

Herrn Prof. Dr. Christoph Brüning danke ich für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Danken möchte ich darüber hinaus den Kolleginnen und Kollegen des Lorenz-von-Stein-Instituts sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der OS75-Kaffeerunde. Sie haben mir nicht nur wertvolle Unterstützung beim Korrekturlesen zukommen lassen, sondern stets für eine gute und herzliche Arbeitsatmosphäre gesorgt. Die gemeinsame Zeit werde ich in bester und langer Erinnerung behalten.

Meinen Eltern, Dr. Anngret Voss und Friedhelm Voss, sowie meinem Ehemann, Kevin Voss, gilt mein größter Dank. Meine Eltern haben mir einen universitären Werdegang erst ermöglicht und mich bei allen Vorhaben liebevoll und bedingungslos unterstützt. Meinem Ehemann danke ich besonders herzlich für seine Liebe, Begleitung, Aufmunterung, Geduld und Unterstützung während der Promotionsphase und weit darüber hinaus.

Kiel, März 2023 Vivien Voss

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	9
Einleitung	21
Erster Teil: Verwaltungszusammenarbeit durch Netzwerke	27
I. Vom Organismus- zum Netzwerkbegriff?II. Formen der interbehördlichen und intraföderalen	27
Kooperation	30
III. Pluralität der Netzwerkverständnisse	44
IV. Rechtsdogmatische Betrachtung von Netzwerken	66
V. Kategorisierung bestehender Verwaltungsnetzwerke in der	
Verwaltungsorganisation	169
VI. Zusammenfassung	175
Zweiter Teil: Kooperation von Bund und Ländern zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes durch	
Verwaltungsnetzwerke?	177
I. Ausgangslage: E-Government und Digitalisierung	177
II. Entwicklung des E-Governments und der föderalen IT-	
Zusammenarbeit in Deutschland	182
III. Die Rechtsgrundlagen der föderalen IT-Zusammenarbeit im	
Einzelnen	192
IV. Projekte, Maßnahmen und Bausteine bei der Umsetzung des	
Onlinezugangsgesetzes	248
V. Organisation und Aufgaben der intraföderalen Akteure bei der	
OZG-Umsetzung	274
VI. OZG-Umsetzung in den Bundesländern am Beispiel	
Schleswig-Holsteins	298
VII. Intraföderale Vernetzungen bei der OZG-Umsetzung	309
VIII. Organisationsrechtliche Einordnung der OZG-	
Zusammenarbeit	328
IX. Netzwerkbedingte Rechtsprobleme in Verwaltungsnetzwerken	
föderaler IT-Zusammenarbeit	350

Inhaltsübersicht

X. Handlungsoptionen: Positivierung der Verwaltungsnetzwerke	
föderaler IT-Zusammenarbeit?	378
XI. Regelungsvorschlag	400
Zusammenfassung der Ergebnisse	403
Literaturverzeichnis	407

Einleitung	21
Erster Teil: Verwaltungszusammenarbeit durch Netzwerke	27
I. Vom Organismus- zum Netzwerkbegriff?	27
1. Der organische Staatsbegriff	27
2. Hinführung zum Netzwerkbegriff	28
II. Formen der interbehördlichen und intraföderalen	
Kooperation	30
1. Begriff der Behörde	30
2. Bilaterale Kooperation	31
a) Die Amtshilfe	31
b) Weitere Arten formeller Kooperation	34
c) Informelle Kooperation	35
3. Multilaterale Kooperation	35
a) Zusammenarbeit im Europäischen Verwaltungsverbund	35
aa) Überblick	35
bb) Insbesondere: Zusammenarbeit aufgrund der EU-	
Dienstleistungsrichtlinie	37
b) Gemeinschaftsaufgaben und	
Verwaltungszusammenarbeit nach dem Grundgesetz	40
aa) Überblick	40
bb) Insbesondere: IT-Zusammenarbeit nach	
Art. 91c GG	41
c) Weitere intraföderale Kooperationen	42
4. Schlussfolgerungen	44
III. Pluralität der Netzwerkverständnisse	44
Bildliche und sprachliche Bedeutung	45
2. Bedeutung in anderen Disziplinen	47
a) Mathematische Graphentheorie	47
b) Informatik	49
c) Soziologie	51
aa) Soziale Netzwerke	52
bb) Netzwerke in der (soziologischen) Systemtheorie	54

		d)	Geschichtswissenschaften	56
			aa) Netzwerkartige Strukturen im "Heiligen	
			Römischen Reich"	57
			bb) Das "Netzwerk der Fürsten"	59
			cc) Die Staatsform des "Heiligen Römischen Reiches"	60
			dd) Schlussfolgerung für das heutige Staatsverständnis	61
		e)	Politikwissenschaften	61
		f)	Verwaltungswissenschaften	63
	3.	Ab	grenzung zu Netzen und Vernetzung	65
	4.	Zw	vischenergebnis	65
IV.	Re	echt	sdogmatische Betrachtung von Netzwerken	66
	1.	Zi	vilrechtswissenschaftliche Rezeption: Hybride Netzwerke	
		be	i Gunther Teubner	67
	2.	Re	zeption durch die Verwaltungsrechtswissenschaften	69
			Problemstellung	69
			Begrifflichkeiten und Definitionsansätze	72
		c)	Arten und Ausgestaltung von	
			(Verwaltungs-)Netzwerken	74
			aa) Art der Akteure	74
			bb) Aufgabenbereich	75
			cc) Außenwirkung und internes Handeln	76
			dd) Informations- und Kooperationsnetzwerke	76
			ee) Formelle und informelle Netzwerke	77
			ff) Intendierte und nicht-intendierte Entstehung	79
		d)	Struktureigenschaften von (Verwaltungs-)Netzwerken	79
			aa) Ebenenübergreifende Zusammenarbeit und	
			Hybridität	79
			bb) Gleichrangigkeit der Akteure	81
			cc) Informationsaustausch und Wissensgenerierung	83
			dd) Dauerhaftigkeit	84
			ee) Prozessorientierung	85
			ff) Vertrauen, Flexibilität, Lernfähigkeit, Agilität	86
			Organisationsrechtliche Kategorisierung	88
			Deskriptiver Begriff oder Rechtsbegriff?	90
			Zurechnung	92
		h)	Zwischenergebnis	93

Ve	rfass	ungsrechtlicher Rahmen und Grenzen für	
		tungsnetzwerke	94
a)	Die	Zuständigkeitsordnung	94
	aa)	Verankerung im Rechtsstaatsprinzip	94
	bb)	Verankerung im Demokratieprinzip	98
	cc)	Sonderkonstellationen	99
		(1) Verfahren über die einheitliche Stelle	99
		(2) Zuständigkeitsverlagerung im	
		Fachplanungsrecht	100
	dd)	Konsequenzen für Netzwerke	101
b)	Sog	. "Verbot der Mischverwaltung"	103
		Grundsätze und Herleitung	103
	bb)	Zusammenwirken auf dem Gebiet der IT zur	
		Aufgabenerfüllung	107
	cc)	Vereinbarkeit verfassungsrechtlicher Ausnahmen	
		mit Art. 79 Abs. 3 GG	112
	dd)	Konsequenzen für Verwaltungsnetzwerke	114
c)		behalt und Vorrang des Gesetzes	115
d)	Der	nokratische Legitimation in Verwaltungsnetzwerken	118
	aa)	e	118
		(1) Personelle Legitimation	119
		(2) Sachlich-inhaltliche Legitimation	120
		(3) Funktionelle und institutionelle Legitimation	120
		(4) Zusammenwirken und Legitimationsniveau	121
		(5) Abweichung durch die Rechtsprechung des	
		Bundesverfassungsgerichts	122
	bb)	Alternative Legitimationskonzepte: Plurale	
		Legitimation	123
		(1) Grundlagen	123
		(2) Bewertung	125
		(a) Kritik und Zuspruch des Schrifttums	125
		(b) Bewertung	127
		(3) Zwischenergebnis	129
	cc)	Gewährleistung demokratischer Legitimation in	
		Verwaltungsnetzwerken	130
		(1) Grenzen für Verwaltungsnetzwerke nach	
		monistischem Legitimationsmodell	130

3.

		(2) Gewinne für Verwaltungsnetzwerke durch	
		plurale Legitimation?	134
	e)	Einflussnahme Privater in Verwaltungsnetzwerken und	
		ihre verfassungsmäßigen Grenzen	135
	f)	Kommunale Selbstverwaltung und	
		Aufgabenübertragungsverbot	140
	g)	Rechtsweggarantie (Art. 19 Abs. 4 GG)	141
	h)	Besonderheiten bei verwaltungsinternem Handeln	143
	i)	Zwischenergebnis	144
4.	Ma	aßnahmen und Lösungsvorschläge zur	
	Ge	ewährleistung verfassungsrechtlicher Anforderungen in	
	Ve	rwaltungsnetzwerken	145
	a)	Organisationsrechtliche Einordnung	145
		aa) Merkmale einer Organisationsform	145
		bb) Voraussetzungen für die Einführung einer neuen	
		Organisationsform	147
		cc) Entwicklung anderer Organisationsformen anhand	
		von Beispielen	149
		dd) Rechtsfähigkeit und organisatorische	
		Selbstständigkeit	151
		ee) Verwaltungsnetzwerk als "konkretisierte/	
		konkretisierungsbedürftige Organisationsform"	152
		ff) Zwischenergebnis	154
	b)	Spezifische Vorschriften für Netzwerke	154
	c)	Zuständigkeitsverzahnung	155
		aa) Modell	155
		bb) Verfassungsrechtliche Vereinbarkeit	157
		Maßnahmen zur Begrenzung des Einflusses Privater	161
		Aufsicht und Kontrolle	166
		Zwischenergebnis	167
		efinition des Netzwerkbegriffs	167
6.		grenzung Netzwerk von sonstigen	
	Ve	rwaltungskooperationen	168
		vischenergebnis	169
	_	orisierung bestehender Verwaltungsnetzwerke in der	
		altungsorganisation	169
1.	Be	hördennetzwerke im europäischen Verwaltungsrecht	169

V.

2. Nat	tionale Sicherheitsnetzwerke zum	
Info	ormationsaustausch	171
3. Öff	entlich-private Partnerschaften als Netzwerke?	172
	formen von Konsolidierungen im öffentlichen Sektor	173
	ovations- und Digitalisierungsnetzwerke	
	r Verwaltung)	174
•	ischenergebnis	175
	nmenfassung	175
Zweiter Teil:	Kooperation von Bund und Ländern zur	
	Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes durch	
	Verwaltungsnetzwerke?	177
I. Ausgai	ngslage: E-Government und Digitalisierung	177
	cklung des E-Governments und der föderalen IT-	
	nmenarbeit in Deutschland	182
	ge vor der Föderalismusreform II (2009)	182
	führung des Art. 91c GG durch die	
	leralismusreform II	184
3. Die	E-Government-Gesetzgebung von Bund und Ländern	
	bundesstaatlichen Gefüge	186
	E-Government-Gesetz des Bundes	186
b)	Kompetenzgrenzen	187
c)	Aufgabenübertragungsverbot	189
d)	E-Government-Gesetze der Länder	190
4. Ein	führung des Art. 91c Abs. 5 GG und des	
On	linezugangsgesetzes	191
III. Die Re	echtsgrundlagen der föderalen IT-Zusammenarbeit im	
Einzel	nen	192
1. Ver	fassungsrechtliche Grundlage der IT-Zusammenarbeit:	
Art	. 91c GG	192
a)	Bedeutung	192
b)	Normstruktur und Regelungsstandort	195
c)	Europarechtliche Bezüge	197
2. Gru	undlagen der Zusammenarbeit	198
a)	Regelungsgehalt von Art. 91c Abs. 1 und 2 GG	198
	Konkretisierung durch den IT-Staatsvertrag	200
	aa) Koordination durch den IT-Planungsrat	200

	bb) Rechtsnatur des IT-Staatsvertrags und der	
	Beschlüsse des IT-Planungsrates	202
	cc) Rechtsnatur des IT-Planungsrates	203
3.	Horizontale Kooperation der Länder und Verbindungsi	netz 205
4.	Der Portalverbund von Bund und Ländern	205
	a) Verfassungsrechtliche Verankerung: Art. 91c Abs. 5	GG 206
	aa) Gesetzgebungskompetenz des Bundes	206
	bb) Reichweite	207
	(1) Schaffung neuer elektronischer Angebote o	der
	Zusammenführung?	207
	(2) Verpflichtung der Kommunen	209
	(a) Wortlaut	210
	(b) Historische Auslegung	210
	(c) Systematik	211
	(d) Sinn und Zweck	214
	(e) Zwischenergebnis	214
	b) Konkretisierung durch das Onlinezugangsgesetz	215
	aa) "Portalverbund" und "Verwaltungsportale"	215
	bb) Zentraler Gegenstand: Verwaltungsleistungen	216
	(1) Begriff	216
	(2) Unmöglichkeit elektronischer Abwicklung	221
	(3) Eröffnung mehrerer Zugangswege	223
	cc) Kommunen als Adressaten	224
	dd) Nutzerzentrierung und Nutzerkonten	225
	ee) Elektronische Abwicklung, IT-Sicherheit und	
	Kommunikationsstandards	228
	ff) Datenschutz und Datencockpit	231
	gg) Bekanntgabe elektronischer Verwaltungsakte	233
	hh) Kostentragung - Finanzielle Mehrbelastung für	
	Kommunen?	235
	c) Verwaltungsabkommen zur Umsetzung des	
	Onlinezugangsgesetzes	238
	d) Landesgesetzlicher (und fachgesetzlicher)	
	Transformationsbedarf	240
	e) Zurechnung und Verantwortungsklarheit im	
	Portalverbund	242
	f) Kritische Würdigung der Regelungen des	
	Onlinezugangsgesetzes	243

		g) Ergebnis	248
IV.	Pr	ojekte, Maßnahmen und Bausteine bei der Umsetzung des	
		nlinezugangsgesetzes	248
	1.	Umsetzungskatalog	249
	2.	Digitalisierungsprogramm Föderal	250
		a) Übergreifendes Themenfeldmanagement	250
		b) Zusammenarbeit im Themenfeld	252
		c) Digitalisierungslabore	255
		d) Rechtliche Verbindlichkeit von Programmmanagement-	
		Dokument und Leitfaden	257
		e) Nachnutzung und Nachnutzungsmodelle	258
	3.	Digitalisierungsprogramm Bund	261
	4.	Portalverbund und Online-Gateway	262
	5.	Interoperable Servicekonten bzw. Nutzerkonten	264
	6.	Föderales Informationsmanagement (FIM)	266
		a) Verbindlichkeit des FIM	266
		b) Eigenschaften und Ziele von FIM	269
	7.	Koordinierungsprojekt Registermodernisierung und	
		Übergang zum Steuerungsprojekt Registermodernisierung	270
	8.	Föderales Projektmanagement	272
	9.	Exkurs: Parallele Umsetzung der Single-Digital-Gateway-	
		VO	273
V.	Oı	rganisation und Aufgaben der intraföderalen Akteure bei der	
	O_{λ}^{\prime}	ZG-Umsetzung	274
	1.	Politisch-strategische und übergreifend-koordinierende	
		Ebene	274
		a) Digital-politische Gremien	274
		b) IT-Planungsrat	275
		c) Föderale IT-Kooperation (FITKO)	276
		d) Bundesministerium des Innern	277
		e) Konferenz des Chefs des Bundeskanzleramtes mit den	
		Chefs der Staats- und Senatskanzleien	278
		f) Fachministerkonferenzen und	
		Ministerpräsidentenkonferenz	278
	2.	Akteure und Rollen nach Umsetzungsprojekten	279
		a) Digitalisierungsprogramm Föderal	279
		aa) Koordinierende Ebene	281
		(1) FITKO	281

	(2) Bundesministerium des Innern	281
	(3) Federführende Bundesministerien und Länder	281
	(4) Steuerungskreis	282
	(5) Themenfeldverantwortlicher (Rolle)	283
	(6) OZG-Koordinator eines Bundeslandes (Rolle)	283
	bb) Projektebene	284
	(1) Mitarbeitende Bundesländer und Kommunen	284
	(2) Fachvertreter aus Bund und Ländern	285
	(3) Externe Dienstleister	285
	(4) Nutzer	286
	(5) Sonstige anlassbezogen eingebundene Akteure	287
	(6) Leistungsverantwortlicher (Rolle)	287
	(7) Leistungsverantwortlicher Nachnutzung	
	(Rolle)	287
	(8) Umsetzungskoordinator (Rolle)	288
b)	Portalverbund und Online-Gateway	288
	aa) Federführung: Bundesministerium des Innern	288
	bb) Koordinierungsgruppe Portalverbund	289
	cc) Steuerungsgruppe Online-Gateway	289
	dd) Arbeitsgruppe "Nutzererlebnis Portalverbund"	290
c)	Interoperable Servicekonten/Nutzerkonten	290
	aa) Bayerisches Staatsministerium für Digitales	290
	bb) Projektgruppe "eID-Strategie"	291
	cc) Koordinierungs- bzw. Steuerungsprojekt	
	Unternehmenskonto	292
	dd) Kompetenzzentrum interoperable Servicekonten	
	(KIOSK)	292
d)	Föderales Informationsmanagement (FIM)	293
	aa) FITKO	293
	bb) Betreiber der FIM-Bausteine	293
	cc) Fachgruppe FIM: Landesvertreter	294
	dd) FIM-Bundesredaktionen	294
	ee) FIM-Landesredaktionen	294
	ff) KoSIT	295
e)	Registermodernisierung	295
	aa) Koordinierungs- und Steuerungsprojekt	
	Registermodernisierung	295
	bb) Akteure der dauerhaften Registermodernisierung	297

	3.	Ergebnis	298
VI.		ZG-Umsetzung in den Bundesländern am Beispiel	
		hleswig-Holsteins	298
	1.	Übergeordnete Planung	299
	2.	Themenfeld Umwelt	300
		a) Projektvorgehen	300
		b) Akteure	302
	3.	Kommunale Umsetzung	303
		a) IT-Verbund Schleswig-Holstein (ITVSH)	303
		b) Projektvorgehen	304
		c) Portalkonzept	306
		d) Kommunikationsplattform	307
	4.	Ergebnis	308
VII.	In	traföderale Vernetzungen bei der OZG-Umsetzung	309
	1.	Kooperation im Digitalisierungsprogramm Föderal	310
	2.	Vernetzung beim Projekt "Portalverbund" und bei weiteren	
		Umsetzungsprojekten	314
	3.	Vernetzung durch Nachnutzung und Kooperationsmodelle	316
	4.	"Vernetzte Register" und Behördenvernetzung	321
	5.	(Technische) Vernetzung durch die	
		Informationsplattformen	325
	6.	(Technische) Vernetzung durch Plattformlösungen ("FIT-	
		Connect")	326
	7.	Ergebnis	328
VIII.	O	rganisationsrechtliche Einordnung der OZG-	
	Zι	ısammenarbeit	328
	1.	Notwendigkeit einer näheren rechtlichen Einordnung	328
	2.	Herkömmliche Organisations- und Kooperationsformen	329
	3.	Die Umsetzungsprojekte und -kooperationen als	
		Verwaltungsnetzwerke	331
		a) Die Zusammenarbeit im Digitalisierungsprogramm	
		Föderal	332
		aa) Überwiegend staatliche Akteure	332
		bb) Ebenenübergreifende Kooperation	333
		cc) Weitgehende funktionale Gleichrangigkeit	333
		dd) Organisationsform und Institutionalisierung	335
		ee) Prozessorientierung	336

			ff) Gemeinsame Entscheidungsfindung und	
			Informationsaustausch	336
			gg) Formelle bzw. informelle Zusammenarbeit	337
			hh) Außen- bzw. Innenwirkung	338
			ii) Intendierte oder nicht-intendierte Entstehung?	338
			jj) Verfolgung gemeinsamer Ziele	339
			kk) Zwischenergebnis	339
		b)	Projekt Portalverbund	339
		c)	Projekt Interoperable Servicekonten	341
			Netzwerke bei der Nachnutzung	343
		e)	Bildung von "Registernetzwerken"	346
		f)	(Technische) Netzwerke durch	
			Informationsplattformen und Plattformlösungen wie	
			FIT-Connect	348
		g)	Gesamtumsetzung als Gesamtnetzwerk?	349
		,	gebnis	350
IX.			verkbedingte Rechtsprobleme in Verwaltungsnetzwerken	
	fö	dera	aler IT-Zusammenarbeit	350
	1.		chtsprobleme bei der Nachnutzung von Online-Diensten	351
		,	Unklare verfassungsrechtliche Verantwortlichkeiten	351
		b)	Datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit	355
		c)	Entscheidungs- und Mitspracherechte bei der	
			Weiterentwicklung von Online-Diensten?	358
		d)	(Rechtliche) Übertragbarkeit von Online-Diensten in	
			andere Bundesländer?	360
		e)	Haftung, Rechtsbehelfs- und	
			Rechtsschutzmöglichkeiten	363
			aa) Haftung innerhalb der Nachnutzungs-	
			Vertragsverhältnisse	363
			bb) Haftung im Außenverhältnis	364
			Kostentragung und Nutzungsrechte	368
	2.		nwirkung Privater im Verwaltungsnetzwerk als	
			rausforderung für demokratische Legitimation und	
			htsstaatliche Verantwortung	371
	3.		s Verwaltungsnetzwerk im Spannungsfeld zwischen	
			rgaberecht und Verwaltungskooperationsrecht	374
	4.	Zw	rischenergebnis	378

X. Handlungsoptionen: Positivierung der Verwaltungsnetzwerke			
föderaler IT-Zusammenarbeit?	378		
1. Verwaltungsabkommen als nicht-netzwerkspezifische			
Regelung	379		
2. Erforderlichkeit spezifischer Netzwerk-Rechtsgrundlagen	380		
3. Ausgestaltung spezifischer Netzwerk-Rechtsgrundlagen	384		
a) Mögliche Regelungsinhalte	384		
aa) Teilnehmer des Netzwerks	384		
bb) Umgang mit Privaten	384		
cc) Begriffsdefinition	385		
dd) Etwaiger Gründungsakt	385		
ee) Aufgaben	388		
ff) Verantwortlichkeit und Haftung	388		
gg) Kontrolle	389		
b) Problemlösung durch Rechtsetzung?	389		
c) Regelungsstandorte	390		
aa) Intraföderale Verwaltungsnetzwerke ins OZG?	390		
bb) Intraföderale Verwaltungsnetzwerke ins			
Grundgesetz?	392		
cc) Intraföderale Verwaltungsnetzwerke ins allgemeine			
Verwaltungsverfahrensrecht?	394		
dd) Intraföderale Verwaltungsnetzwerke in den IT-			
Staatsvertrag?	395		
d) Zwischenergebnis	398		
4. Positivierung der "Registernetzwerke"?	398		
5. Ergebnis	400		
XI. Regelungsvorschlag	400		
Zusammenfassung der Ergebnisse	403		
Zusummemussung der Ligeomsse	103		
Literaturverzeichnis			